



POSITIONEN

DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE
FEBRUAR 2026



**STARTSIGNAL
FÜR DIE**



**RE-
INDUSTRIALISIERUNG**



INNOVATION

TTTech-CEO Georg Kopetz im Interview

Seite 5



STEIERMARK

Neujahrstakt: Zukunft braucht
Umsetzung

Seite 10+11

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

MADE BY INDUSTRIE

IV macht Industrie im Alltag sichtbar

Seite 2

„Österreichisches Nein zu Mercosur ist fahrlässig“

Nach über 25 Jahren Verhandlungen wurde das Mercosur-Abkommen beschlossen. Welche Chancen ergeben sich daraus – und wie schadet die österreichische Blockadehaltung dem Standort langfristig? Darüber spricht IV-Bereichsleiter Igor Sekardi im Interview.

Trotz des österreichischen Neins haben die EU-Mitgliedstaaten dem Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten zugestimmt. Welche Chancen bringt das Abkommen für Österreichs Industrie?

Igor Sekardi: Die Bank Austria hat vorge-rechnet, dass in Österreich von rund 2.100 zusätzlichen Arbeitsplätzen ausgegangen werden kann. Die Chancen ergeben sich zunächst unmittelbar für Österreich und dann mittelbar über Deutschland sowie die europäischen Wertschöpfungsketten. Das Abkommen ist jedoch vor allem auch geostrategisch zu betrachten: Wir erleben derzeit eine Situation, in der Donald Trump regelmäßig mit neuen Zöllen droht, auf der anderen Seite dreht China Europa, überspitzt formuliert, etwa einmal im Monat den Rohstoffhahn auf oder zu. Und dann haben wir vor der Haustür Russland, das Krieg führt. Mercosur ist in Teilen eine Lösung für viele dieser Aspekte – es ist ein neuer, großer Absatzmarkt, der hoffentlich stabil ist und den regel-basierten Handel betont; gleichzeitig ist es eine Quelle für kritische Rohstoffe.

Welche Regionen und Branchen profitieren am stärksten von Mercosur?

Vor allem Maschinenbau und der Auto-motive-Sektor, insbesondere entlang der deutschen und italienischen Wert-schöpfungsketten. Auch die chemische Industrie profitiert stark, da die Zölle in diesem Bereich bisher relativ hoch waren. Drittens: landwirtschaftliche Produkte bzw. die lebensmittelverarbeitende In-dustrie, etwa Wein. Regional profitieren vor allem Wien, aber auch Oberösterreich und die Steiermark. Allgemein dürften Bundesländer mit einem höheren Indus-trialisierungsgrad stärker profitieren.

Schadet Österreichs Blockadehaltung bei Mercosur der Standortattraktivität?

Ja. Die Entscheidung der Bundesregie-rung, Mercosur nicht zuzustimmen und damit das Zustandekommen des Abkom-mens zu riskieren, ist aus wirtschafts-politischer Sicht fahrlässig. Warum? Aus zwei Gründen; erstens: Österreich ist in einer Zeit der wirtschaftlichen Rezession bzw. Stagnation. Wir hatten allein im



Igor Sekardi, IV-Bereichsleiter Internationale Beziehungen & Märkte.

letzten Jahr einen Einbruch der Exporte um fünf Prozent. In Österreich hängen 1,2 Millionen Arbeitsplätze und ein Viertel der Steuereinnahmen am Export. Zwei-tens: Seit 2019 haben sich drei einschnei-dende Entwicklungen ereignet – die Cov-id-Pandemie, der russische Angriff auf

die Ukraine und die handelspolitischen Spannungen mit den USA. Gerade vor diesem Hintergrund hätte Österreich als exportorientierte Volkswirtschaft ein überproportionales Interesse daran, seine Handelspartner zu diversifizieren und neue Märkte zu erschließen.

Industriellenvereinigung macht Industrie im Alltag sichtbar

Start der Bewusstseinskampagne „Made by Industrie“: Der öffentliche Raum wird zur Bühne, auf der industrielle Leistungen sichtbar werden – im Stadtbild, in der Infrastruktur oder in ganz konkreten Alltagsprodukten.

Anlässlich ihres 80-jährigen Bestehens stellt die Industriellenvereinigung 2026 gemeinsam mit führenden heimischen Unternehmen die zentrale Rolle der Industrie für Österreich in den Mittelpunkt: Mit der Bewusstseinskampagne „Made by Industrie“ verfolgt die IV das Ziel, das gesellschaftliche Bewusstsein für den konkreten Beitrag der Industrie zu Wohlstand, Beschäftigung und Lebensqualität zu schärfen – abseits abstrakter Debatten und wirtschaftspolitischer Schlagworte. Sichtbar gemacht wird, wie tief die Industrie im Alltag verankert ist und wie maßgeblich sie zum Funktionieren des Wirtschaftsstandorts Österreich beiträgt. „Wer über Wohlstand, Beschäftigung und Zukunftsfähigkeit spricht, kommt an der Industrie nicht vorbei. Gerade in Zeiten großer Veränderungen ist es entscheidend, ein neues, zeitgemäßes Verständnis für die Leistungen der Industrie zu schaffen – dort, wo sie täglich erlebt wird“, sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Mit „Made by Industrie“ geht die Industriellenvereinigung bewusst neue Wege in der Kommunikation: Industrie wird nicht erklärt, sondern im Alltag entdeckt.

Der öffentliche Raum wird zur Bühne, auf der industrielle Leistungen sichtbar werden – im Stadtbild, in der Infrastruktur oder in ganz konkreten Alltagsprodukten. Anstelle klassischer, zentral gesteuerter Imagebotschaften entsteht so ein offenes, vielstimmiges Bild industrieller Wert-schöpfung, das authentisch zeigt, wie tief die Industrie und ihre Leistungen in



Österreich verankert sind. „Die Beson-derheit der Kampagne liegt in der akti-ven Beteiligung: Wenn Menschen selbst sichtbar machen, wie viel Industrie in ihrem Alltag steckt, entsteht ein unmittelbarer Bezug – emotional, niederschwel-ig und glaubwürdig“, erklärt Dominik Futschik, IV-Bereichsleiter Strategie & Kommunikation.



Der gleichnamige Claim lädt dazu ein, diesen Perspektivenwechsel aktiv mitzu-gestalten. Konkrete Innovationen, reale Produkte und echte Leistungen der Indus-trie können mit dem „Made by Industrie“-Sticker gekennzeichnet, fotografiert und geteilt werden. Die Beiträge lassen sich direkt einreichen oder über Social Media veröffentlichen – mit @die.industriellen-vereinigung und @madebyindustrie. Auf diese Weise wächst die Kampagne lau-fend weiter und wird von den Menschen getragen, die Industrie tagtäglich erleben.

Die Industriellenvereinigung lädt ihre Mitgliedsunternehmen ein, sich aktiv an der Kampagne zu beteiligen. Für Rück-fragen und weitere Informationen steht Maria Schmidt-Iankova, stellvertretende Bereichsleiterin Strategie & Kommuni-kation, jederzeit gerne zur Verfügung.

WEBTIPP

Weitere Infos finden Sie unter:
www.madebyindustrie.at



Ein Kompass, der nun Mut zur Umsetzung braucht

Mit der Industriestrategie ist ein erster wichtiger Schritt gelungen, jetzt braucht es messbare Zwischenziele und Zug zum Tor bei der Umsetzung: Reindustrialisierung darf kein abstrakter Begriff bleiben. Die Industrie wird nicht anhand wohlklingender Leitbilder urteilen, sondern orientiert an Ergebnissen – und zwar messbaren.



Österreichs Industrie hat lange auf ein klares industriepolitisches Signal gewartet – mit der nun präsentierten Industriestrategie setzt die Bundesregierung genau dieses Zeichen, und dafür gebührt ihr Anerkennung. Das ausdrückliche Bekenntnis zum Industriestandort Österreich, der Fokus auf Forschung und Innovation, leistbare Energie, qualifizierte Fachkräfte und Bürokratieabbau sind die richtigen Schwerpunkte zur richtigen Zeit. Auch die langfristige Zielsetzung, Österreich wieder unter die Top Ten der führenden Industrienationen zu bringen, ist mehr als Symbolpolitik: Sie ist eine notwendige strategische Positionierung in einem zunehmend harten globalen Wettbewerb.

Doch Strategie allein schafft noch keine industrielle Wertschöpfung – entscheidend wird sein, ob aus Ankündigungen konkrete, wirksame Maßnahmen werden. Ein erster Schritt wird der Industriestrompreis sein, der eine standortpolitische Notwendigkeit ist, um nicht von unmittelbaren

Nachbarländern abgehängt zu werden. Die Industrie wird diese Strategie jedenfalls nicht anhand wohlklingender Leitbilder beurteilen, sondern an Ergebnissen – und zwar messbaren. Reindustrialisierung darf kein abstrakter Begriff bleiben: Sie muss sich in Investitionen, Produktionskapazitäten, Exportstärke und Beschäftigung niederschlagen. Dafür braucht es quantifizierbare jährliche Zwischenziele, an denen Fortschritte transparent überprüft werden können.

Ebenso zentral ist, was diese Strategie nicht sein darf: kein Einfallstor für neue Kosten, zusätzliche Bürokratie oder weitere Regulierungen. Österreichs Industrie steht bereits heute unter erheblichem Wettbewerbsdruck – unter anderem durch steigende Lohn(neben)kosten und komplexe Auflagen. Eine Industriestrategie, die am Ende neue Belastungen schafft, würde ihr eigenes Ziel konterkarieren. Der Aufstieg in die Top Ten gelingt nur, wenn Investitionen erleichtert und nicht verteuert werden. Kritisch zu sehen ist zudem, dass

notwendige strukturelle Reformen bisher weitgehend ausgeblieben sind: Wer den Industriestandort nachhaltig stärken will, muss die finanziellen und wirtschaftlichen Spielräume für Zukunftsinvestitionen erweitern. Dazu gehören Reformen im Pensionssystem, im Gesundheitsbereich, in der Bildung und in der öffentlichen Verwaltung. Ohne diese Hebel werden wir nicht in die Gänge kommen.

Besonders auffällig ist, dass der Kapitalmarkt als zentrale Finanzierungsbasis für industrielle Transformation de facto ausgespart bleibt. Dabei ist klar: Die industrielle Erneuerung – von der Dekarbonisierung über Digitalisierung bis hin zu neuen Technologien – wird enorme Investitionsvolumina erfordern. Öffentliche Mittel allein werden das nicht leisten können. Ein leistungsfähiger Kapitalmarkt, der privates Kapital mobilisiert und Wachstum finanziert, ist kein Randthema, sondern ein Schlüssel zum Erfolg. Dass dieser Aspekt kaum adressiert wird, ist eine vertane Chance.

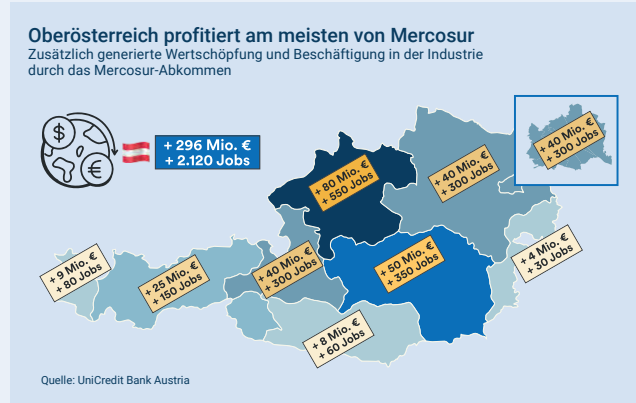
Unterm Strich ist die Industriestrategie 2035 ein wichtiger erster Schritt. Sie gibt Richtung und Ambition vor – und signalisiert, dass Industriepolitik wieder Chefsache ist. Ob sie jedoch mehr wird als ein politischer Kompass, hängt vom Mut zur Umsetzung ab. Die Industrie ist bereit, ihren Beitrag zu leisten. Jetzt ist die Politik gefordert, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen: effizient, reformorientiert und messbar erfolgreich. Denn eines ist klar: Der Erfolg dieser Strategie wird nicht an Papieren gemessen, sondern daran, ob Österreich in den kommenden Jahren tatsächlich wieder industriell stärker wird.

Ihr

Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

Grafik des Monats

Das nach 26 Jahren unterzeichnete Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten wird der österreichischen Industrie zusätzlich rund 300 Millionen Euro an Wertschöpfung und mehr als 2.100 Arbeitsplätze bringen – das geht aus einer entsprechenden Studie der UniCredit Bank Austria hervor. Besonders profitieren würden hierbei Oberösterreich und die Steiermark. 2024 exportierte Österreich Waren im Wert von 1,3 Milliarden Euro in die Mercosur-Länder – der durchschnittliche Zollsatz lag bei 10 Prozent und verursachte Kosten von etwa 130 Millionen Euro. Durch das Mercosur-Abkommen entfallen mehr als 90 Prozent der Zölle.



Zahl des Monats

54 %

der Österreicher sind für die Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters, um die Nachhaltigkeit des heimischen Pensionssystems zu gewährleisten: So das Ergebnis der jüngsten Eurobarometer-Erhebung im Herbst 2025. In keinem anderen befragten Land fand sich hierfür eine Mehrheit. Hinter Österreich folgen Finnland (39 Prozent) und Luxemburg (38 Prozent). Am geringsten ist die Zustimmung in Griechenland (14 Prozent) und Lettland (11 Prozent). Der Eurozone-Durchschnitt lag bei 29 Prozent.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@ivat
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister-Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen; industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmers zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joschim Haindl-Grutsch, Johannes Hölhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück.
Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV, Nicky Webb, IV Burgenland/Lexi, Salzburger Industrie/Neumayr/Schwighofer, IV Steiermark/Marija Kanizaj, IV Tirol/Os, IV Vorarlberg/ORF, IV Niederösterreich/Christian Holzinger, IV Wien, IV Kärnten

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Mission erfüllt: Wehrdienst-Kommission abgeschlossen

Geopolitische Herausforderungen machen eine Anpassung des Wehrdiensts notwendig. Sicherheit und die Anforderungen der Arbeitswelt müssen dabei integriert betrachtet werden.

Nach Prüfung aller Optionen kam die Wehrdienstkommission (WDK) zu dem Ergebnis, dass das Modell „Österreich Plus“ die beste Wahl für Österreichs sicherheitspolitische Zukunft darstellt. Die Ergebnisse wurden am 20. Jänner, am Tag der Wehrpflicht, vom Vorsitzenden der WDK, Generalmajor Erwin Hameseder, dem stellvertretenden Vorsitzenden, Walter Feichtinger, und dem Leiter der Zivildienstagentur, Ferdinand Mayer, in Form eines Berichts vorgestellt. Dieser Bericht liefert die Basis für die nun folgenden politischen Verhandlungen sowie einen breiten öffentlichen Diskurs.

Das forcierte Modell sieht einen achtmonatigen Grundwehrdienst und anschließend Milizübungen von insgesamt zwei Monaten zur Auffrischung und Erweiterung der Fähigkeiten der Soldaten

vor. Österreich ist aktuell das einzige EU-Land mit Wehrpflicht, jedoch ohne verpflichtende Übungen. Der Zivildienst soll bei wesentlich stärkerer Betonung der Aufgaben der zivilen Landesverteidigung auf mindestens zwölf Monate verlängert werden.

Die IV war in die WDK aktiv eingebunden und trägt die Ergebnisse grundsätzlich mit. Viele unserer zentralen Anliegen wurden berücksichtigt; jetzt geht es um die Frage, welche tatsächlichen Kosten für Unternehmen entstehen und welche Entlastungsmaßnahmen der Industrie im Gegenzug ermöglicht werden können. In diesem Zusammenhang sind die ausgearbeiteten Anreizsysteme entsprechend zu konsultieren bzw. qualifizieren (u.a. Anrechenbarkeit erworbener Qualifikationen, Krankheitskosten, Motivkündigungsschutz,



Erwin Hameseder, Peter Koren und Klaudia Tanner beim Abschluss der Wehrdienstkommission.

Anhörungsrechte etc.). Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass die österreichische Wirtschaft und Industrie von verstärkter Investitionstätigkeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung direkt und indirekt profitieren (industrielle Kooperationen, F&E etc.). Die IV wird sich daher in dem nun folgenden Umsetzungsprozess sowie in etwaigen diesbezüglichen Gesetzesinitiativen proaktiv einbringen.



**HIER GEHT ES ZUM
BERICHT DER WDK**

Aktuelles in Kürze

European Life Sciences Business Alliance: Gemeinsam für Europas Life-Sciences-Zukunft

Durch die European Life Sciences Business Alliance stärkt die IV ihre Zusammenarbeit mit BDI, Confindustria, DI und Medef für einen starken Life-Sciences-Standort Europa. Mit der Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding Ende 2025 wurde ein weiterer wichtiger Schritt zur Vertiefung der Kooperation gesetzt.

Ein starker Life-Sciences-Standort bietet nicht nur hohes Wachstums- und Wertschöpfungspotenzial, sondern auch eine innovative Gesundheitsversorgung. Dafür braucht es ein leistungsfähiges Ökosystem aus Unternehmen, Wissenschaft und Politik. Die European Life Sciences Business Alliance setzt auf den Ausbau europäischer Stärken, etwa durch bessere

Forschungs- und Innovationsbedingungen, gezielte Datennutzung, robuste Schutzrechte, den Abbau regulatorischer Hürden sowie die Stärkung klinischer Studien.

Die Kernforderungen sind in einem gemeinsamen Policy Paper und Mission Statement erarbeitet worden, die die Grundlage für gemeinsame Aktivitäten bilden, unter anderem für ein Stakeholder-Event im Europäischen Parlament im Mai 2025 zum Pharma-Paket. Wenngleich eine von der Kommission vorgeschlagene Kürzung des Unterlagenschutzes verhindert werden konnte, wurde im Trilog die Reduktion der Marktexklusivität beschlossen – eine klare Schwächung des europäischen Pharma-Standorts. Umso wichtiger ist es nun, innovations- und wirtschaftsstärkende

Rahmenbedingungen zu schaffen, die Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit erhöhen.

Dazu zählt auch, dass der geplante Schwerpunkt des Europäischen Wettbewerbsfonds (ECF) zu Gesundheit und Biotechnologie konsequent zur Stärkung der industriellen Basis Europas genutzt wird. Nur so können Wachstumspotenziale der Life Sciences gehoben und weitere Ansiedlungen sowie Neugründungen ermöglicht werden.

Für die IV ist zudem essenziell, dass die angekündigte nationale Life-Sciences-Strategie wissenschaftliche und wirtschaftliche Stärken bündelt und die Attraktivität des österreichischen Standorts in den Mittelpunkt stellt.



**ZUM
MISSION STATEMENT**

IV-Sparringprogramm „Netzwerk Aufsichtsrat“ startet in den vierten Durchgang – Bewerbungen ab jetzt möglich

Die Industriellenvereinigung (IV) setzt ihre erfolgreiche Initiative zur Stärkung von Frauen in Aufsichtsräten fort: Im April startet das IV-Sparringprogramm „Netzwerk Aufsichtsrat“ in die vierte Runde – erneut unter der Schirmherrschaft von IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka.

Gerade jüngste Entwicklungen zeigen: Der Bedarf an weiblichen Aufsichtsrätinnen steigt. Das IV-Sparringprogramm „Netzwerk Aufsichtsrat“ versteht sich nicht als Ausbildungsformat: Die Teilnehmerinnen bringen bereits jene fachlichen Kompetenzen mit, die für ein Aufsichts- oder Beiratsmandat notwendig

sind – das Programm setzt daher auf individuelle Weiterentwicklung, persönliche Reflexion und die Begleitung durch erfahrene Sparringpartnerinnen und -partner. Die Industriellenvereinigung möchte insbesondere auch konkreten Mehrwert für Unternehmen schaffen, die nach geeigneten Aufsichtsrätinnen suchen.

Die bisherigen drei Durchgänge zeigen den Erfolg des praxisorientierten Ansatzes: Durch die enge Zusammenarbeit in den Tandems, bestehend aus einer Persönlichkeit mit Aufsichtsrats-erfahrung und einer potenziellen zukünftigen Aufsichtsrätin, konnten zahlreiche Kandidatinnen wertvolle Einblicke

gewinnen, ihr Netzwerk erweitern und konkrete Schritte Richtung Mandat setzen.

Der vierte Durchgang startet am 30. April 2026 und läuft bis Februar 2027. Bewerbungen werden ab sofort entgegengenommen.



**ALLE INFORMATIONEN
FINDEN SIE HIER**



„Innovation zeigt sich im schnellen Markteintritt“

TTTech-CEO Georg Kopetz spricht im Interview über den globalen Technologiewettlauf und innovationsfördernde Maßnahmen in Österreich und auf EU-Ebene. Großes Zukunftspotenzial für Österreich sieht er im Weltraumsektor.



Georg Kopetz ist CEO von TTTech.

Europa befindet sich in einem rasanten globalen Technologiewettlauf, allen voran mit den USA und China. Was muss Europa tun, um aufzuholen und seine Stärken klar ausspielen zu können?

Georg Kopetz: Europa befindet sich in einer Phase tiefgreifender technologischer und wirtschaftlicher Transformation. Damit europäische Unternehmen im Zeitalter von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz wettbewerbsfähig wachsen können, braucht es moderne Rahmenbedingungen. Dazu zählen ein schneller Technologietransfer von der Forschung zum marktfähigen Produkt, die rasche Skalierung sowie ein integrierter europäischer Kapitalmarkt mit erfahrenen Risikokapitalgebern im Technologiesektor. Zudem braucht es eine einheitliche, idealerweise digitale europäische Technologiebörse mit hoher Liquidität, die innovativen Unternehmen langfristiges Wachstumskapital erschließt. Nur so lassen sich Breakthrough-Innovationen rasch in skalierbare Produkte überführen – etwa in der digitalen Energietechnik, Industrieautomation, Robotik sowie Luft- und Raumfahrt, wo Europa über starkes technologisches Know-how verfügt.

Entscheidend ist, dass wir alle technischen Innovationen konsequent in Vertrieb und

Export bringen und dabei mehr unternehmerisches Risiko eingehen. Mehr Dynamik, stärkere Eigenkapitalbasis und Offenheit für neue Geschäftsmodelle schaffen ein Umfeld, in dem Technologieunternehmen nicht nur entstehen, sondern sich zu globalen Marktführern entwickeln können.

Österreich sollte sich als Innovationsstandort für internationale Partnerschaften öffnen und sich als Standort für gemeinsame Entwicklungs- und Produktionsvorhaben positionieren – etwa mit Unternehmen aus Indien, Japan oder Südkorea. Zugleich ist die Verbindung zwischen Forschung, Technologieentwicklung, Produktion und einer strategischen Industriepolitik zu vertiefen. Unsere Stärken – etwa in Safety und Security für „Physical AI“, in Robotik und in Quantentechnologien – müssen gezielt ausgebaut werden, um Europas technologische Souveränität nachhaltig zu sichern. Dies ist angesichts zunehmender geopolitischer Unsicherheit von zentraler Bedeutung.

Kürzlich wurde bei einem europäischen Gipfeltreffen in Berlin eine Deklaration zur europäischen digitalen Souveränität unterzeichnet. Welche Ziele sollen damit verfolgt werden und welche konkreten Handlungsfelder sehen Sie, um die digitale Souveränität zu stärken?

Digitale Souveränität ist Sicherheitspolitik, Innovationspolitik und Demokratiep Politik zugleich. Berlin war für uns ein großer Erfolg, da die Deklaration auf einer österreichischen Initiative basiert. Ihre Wichtigkeit wurde verstanden und sie wurde von allen 27 Mitgliedstaaten verabschiedet. Jetzt haben wir erstmals ein gemeinsames europäisches Ziel sowie den Weg dorthin definiert. Die Erklärung stärkt den politischen Willen, in Europa gemeinsam zu investieren, Standards zu setzen und offen, aber selbstbewusst mit globalen Partnern zusammenzuarbeiten.

Aktuell arbeitet die österreichische Bundesregierung an der Umsetzung des

mit dem Regierungsprogramm geplanten Dachfonds. Was sind aus Ihrer Sicht die zentralen Kriterien, damit der Dachfonds für innovative Startups und Scaleups wirklich maßgeblich zum Wachstum beitragen kann?

Der Dachfonds kann, gemeinsam mit Bundesregierung, Leitbetrieben sowie nationalen und internationalen Investoren mutig umgesetzt, weit mehr sein als ein Finanzierungsinstrument – er kann zum Motor einer neuen technologiegetriebenen Wachstumsphase im mitteleuropäischen Raum werden. Voraussetzung ist Mut zur Größe: die Mobilisierung eines Milliardenvolumens und die gezielte Stärkung jener Fonds, die in Scaleups und Transformations-Spinoffs investieren, um industrielle Skalierung und internationale Expansion zu ermöglichen.

Ebenso wichtig ist ein klar europäischer und internationaler Ansatz mit Fondsmanagern und Co-Investoren, die über globale Netzwerke und tiefes Industrialisierungs-Know-how verfügen. Die öffentliche Hand kann den Startimpuls setzen, etwa auch mit der Wirtschaftskammer, und geeignete Rahmenbedingungen schaffen; langfristig muss der Dachfonds jedoch von privatem Kapital getragen werden. Er sollte ein klares Signal senden, dass Österreich Gestalter der digitalen Industrieentwicklung ist – mit geduldigem Kapital, unabhängiger Governance und klaren Zielen.

Die Europäische Kommission hat im Sommer ihre Vorschläge für einen EU Competitiveness Fund und ein nächstes EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe vorgelegt. Welche zentralen Chancen sehen Sie und wo muss noch verbessert werden?

Diese EU-Initiativen bieten Europa die historische Chance, Forschung, Innovation und industrielle Skalierung als durchgehende Wertschöpfungskette zu verankern. Entscheidend ist, Europa global als offenen, leistungsfähigen Forschungs- und Innovationsstandort zu positionieren;

einen Raum, in dem exzellente Ideen entstehen und rasch wachsen können. Der vorgeschlagene Finanzierungsrahmen von 175 Mrd. Euro für das nächste Horizon-Europe-Programm ist ein wichtiger Schritt; die Einbindung befreundeter Partnerländer wie Israel, Kanada, Südkorea oder der Türkei ist strategisch klug, um technologische Stärke und globale Vernetzung zu erhöhen. Gleichzeitig müssen Förderung, öffentliche Beschaffung und Standardisierung enger verzahnt und die kollaborative transnationale Forschung gestärkt werden. Innovation zeigt sich nicht im Labor, sondern im schnellen Markteintritt.

Sie sind auch stark im Schlüsseltechnologiefeld Raumfahrt aktiv. Welche Potenziale hat der Weltraumsektor für Österreich und was braucht es in Zukunft?

TTTECH ist seit Jahren in zentrale Raumfahrtprogramme eingebunden – von der Ariane-6-Trägerrakete bis zum NASA-Artemis-Programm. Unsere sichere Netzwerktechnologie kommt in der NASA-Orion-Kapsel, die heuer erstmals mit einer Crew den Mond umrunden wird, wie auch im Lunar Gateway im Einsatz.

Der Weltraumsektor bietet für Österreich großes Zukunftspotenzial – von Hightech-Elektronik und Robotik über Erdbeobachtungsdaten bis hin zu Anwendungen für Klima, Energie, Datenzentren und Sicherheit. Langfristige Investitionen in ESA- und EU-Programme, stärkere industrielle Skalierung und Talentförderung sind entscheidend. Gelingt dies, kann Österreich im europäischen Weltraumökosystem strategisch deutlich an Bedeutung gewinnen.

Das ESA-Rekordbudget von 22,1 Mrd. Euro für 2026 bis 2028 und die Erhöhung des österreichischen ESA-Beitrags auf 340 Mio. Euro setzen wichtige Signale; ergänzend müssen nationale Projekte und der Zugang zu Risikokapital ausgebaut werden.

Sieben Stipendien für exzellente Forschung

Die Dr. Franz Josef Mayer-Gunthof-Stiftung vergab 2025 wieder Exzellenzstipendien für die Entwicklung von industriennahen Zukunftsthemen.

Die Dr. Franz Josef Mayer-Gunthof-Stiftung der Industriellenvereinigung schüttete 2025 unter dem Motto „Hunting for Excellence“ insgesamt sieben Exzellenzstipendien aus. Die Stiftung möchte dazu beitragen, dass Exzellenz in Österreich stattfinden und aus dem Ausland nach Österreich gebracht werden kann. Im Vordergrund steht die Entwicklung von industriennahen Zukunftsthemen.

Die Ansuchen der ausgezeichneten Stipendiatinnen und Stipendiaten erfüllen die Kriterien der wirtschaftlichen bzw.

naturwissenschaftlichen Ausrichtung der Stiftung. Alle Kandidatinnen und Kandidaten können die erforderliche Auslandserfahrung an internationalen Spitzeninstituten nachweisen: Sie erlangten internationale Expertise beispielsweise an der Harvard University (USA), der NTNU Trondheim (Norwegen), der USM Valparaiso (Chile), der National University of Singapore (NUS) oder der ETH Zürich.

Insgesamt wurden 2025 Stipendien i. H. v. 8.000 Euro verteilt. Davon gingen zwei Exzellenzstipendien zu je 2.500 Euro an David Faltnér, BSc., und Johannes Weichsler, BSc. Die Preisträger befassten sich im Rahmen ihres jeweiligen technischen Studiums (Montanuniversität Leoben und Technische Universität Graz)

mit Verfahrenstechnik bzw. mit Materialwissenschaften. Die weiteren 3.000 Euro wurden je nach Qualität der jeweiligen

Ansuchen verliehen. Das Kuratorium gratuliert allen Kandidatinnen und Kandidaten herzlich!



Startsignal für die Reindustrialisierung

In der Industriestrategie hat sich die österreichische Bundesregierung ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Das Land soll bis 2035 in die Top Ten der Industrienationen innerhalb der OECD vordringen. Wie genau sieht der Plan aus? Eine Analyse.

Die österreichische Industrie hat die Talsohle durchschritten, von einem echten Aufschwung wird man heuer allerdings nicht sprechen können: Die Erholung, die sich abzeichnet, steht auf wackligen Beinen. Es sind einige wenige Unternehmen, deren gute Performance dank digitaler Transformation und Energiewende die Statistik derzeit nach oben zieht. Der Großteil der Unternehmen sieht noch wenig Licht am Ende des Tunnels – die hohen Kosten drücken nach wie vor auf Wettbewerbsfähigkeit und Stimmung.

In den vergangenen Jahren hat der Wirtschaftsstandort Österreich massiv an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Ein zentraler Indikator dafür kommt aus der Schweiz: Das „World Competitiveness Center“ des Lausanner Institute for Management Development (IMD) widmet sich seit 1989 der Untersuchung der weltweiten Wettbewerbsfähigkeit. In dem jährlich erscheinenden Ranking lag Österreich 2007 noch auf dem guten elften Platz. Das hat sich mittlerweile geändert – 2025 ging sich nur noch Rang 26 aus. Der Rückgang hat Spuren hinterlassen: Industriebetriebe mussten kürzertreten, ihre Produktion einschränken oder sie gar in andere Länder verlagern.

In der Industriestrategie hat sich die österreichische Bundesregierung ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Das Land soll bis 2035 in die Top Ten der Industrienationen innerhalb der OECD vordringen. Das ist eine erste wichtige strategische Positionierung und ein klares Zielbild, das dem Land lange Zeit gefehlt hat. Die Industriestrategie muss ein Startsignal für eine kräftige Re-Industrialisierung sein, denn

„Die Industriestrategie muss ein Startsignal für eine kräftige Reindustrialisierung sein, denn die Industrie ist das Rückgrat von Wohlstand, Beschäftigung und Innovation in Österreich.“

Georg Knill,
IV-Präsident

die Industrie ist Rückgrat von Wohlstand, Beschäftigung und Innovation in Österreich“, sagt IV-Präsident Georg Knill. Was es dafür braucht, liegt bereits lange auf

dem Tisch: Die Kosten für Energie und Arbeit müssen auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau gesenkt und bürokratische Lasten abgebaut werden. Darüber hinaus braucht es gezielte Anreize für Investitionen und Innovation.

Eine zentrale Standortfrage

Im Energiebereich hat die Regierung in den vergangenen Monaten viele Akzente gesetzt. Die jüngsten Maßnahmen sollen der energieintensiven Industrie helfen. Nach der Ankündigung Deutschlands, für 2026 einen Industriestrompreis einzuführen, drängte die Zeit für Österreich nachzuziehen, um gegenüber diesem wichtigen Handelspartner nicht ins Hintertreffen zu geraten. „Ein international wettbewerbsfähiger Industriestrompreis ist kein Sonderwunsch der Industrie, sondern eine zentrale Standortfrage“, so IV-Präsident Georg Knill. „Hier geht es nicht um kurzfristige Unterstützung einzelner Betriebe, sondern um die Sicherung der industriellen Basis des Landes. Angesichts dessen ist es positiv, dass die Bundesregierung hier auf Bestreben von Bundeskanzler Stocker rasch reagiert hat.“

Die genaue Ausgestaltung steht noch aus, die Bundesregierung hat aber vor, mit dem Industriestrompreis ab 2027 den maximal möglichen Rahmen auszuschoöpfen, der nach dem EU-Beihilfenrecht möglich ist. Dieses ermöglicht momentan, die Hälfte des Stromverbrauchs eines Unternehmens zu fördern, und zwar wiederum zu maximal 50 Prozent unter Erfüllung bestimmter Reinvestitionsverpflichtungen. Für die Hälfte des Verbrauchs darf der Strompreis inklusive Steuern und Abgaben auf bis zu fünf Cent/kWh gefördert werden. Bei einem Verbrauch von 100 MWh dürfen also 50 MWh gefördert werden. Liegt der Preis zum Beispiel bei zwölf Cent/kWh, ist ein geförderter Preis von sechs Cent/kWh für diese 50 MWh möglich. Für die anderen 50 MWh gilt weiterhin der Preis von zwölf Cent, was unter dem Strich einen Preis für die 100 MWh von neun Cent/kWh ergibt. Der Differenzbetrag soll jährlich rückwirkend zurückerstattet werden. Für die IV ist auch die Verlängerung der Strompreiskompensation (SAG) ein positives Signal: „Das geht klar in die richtige Richtung und gibt Planbarkeit“, so Knill. Für beides werden jährlich 250 Millionen Euro veranschlagt, die aus der Energiebranche kommen sollen, wobei auch hier die genaue Ausgestaltung noch unklar ist. Eine gute Lösung für die Finanzierung ist es jedenfalls nicht.

Für Knill ist klar: „Angesichts der hohen Abgabenquote müssen Spielräume über dringend notwendige Strukturereformen geschaffen werden, statt zusätzliche Belastungen einzuführen.“

„Angesichts der hohen Abgabenquote müssen Spielräume über dringend notwendige Strukturereformen geschaffen werden.“

Georg Knill,
IV-Präsident

Innovationsland

Die vorgelegte Industriestrategie enthält insbesondere im Bereich Forschung und Innovation zahlreiche richtige Ansätze. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus der Praxis wurden neun Schlüsseltechnologien identifiziert, auf die sich Österreich in den kommenden Jahren konzentrieren wird: künstliche Intelligenz und Dateninnovation, Chips, elektronische Komponenten und Systeme, fortgeschrittene Produktionstechnologien und Robotik, Quantentechnologie und Photonik, fortgeschrittene Werkstoffe (Advanced Materials), Life Sciences und Biotech, Energie- und Umwelttechnologien, Mobilitäts- sowie Weltraum- und Luftfahrttechnologien.

Es sind Felder, in denen Österreichs Industrie bereits jetzt Stärken hat, die es weiter auszubauen gilt. Dafür werden im Rahmen des FTI-Pakts 2,6 Milliarden Euro bereitgestellt. Leider ist allerdings der FTI-Pakt in seiner Gesamtheit bisher ausständig – und damit noch unklar, wie die Forschungsfinanzierung für die kommenden Jahre insgesamt ausgestaltet sein wird. Eigentlich hätte das Paket bereits Ende letzten Jahres fertig sein sollen. „Der FTI-Pakt 2027–29 muss nun rasch und ohne Kürzungen beschlossen werden, damit wir hier ins Tun kommen“, fordert der IV-Präsident. Das Bekenntnis in der Strategie, die Forschungsprämie als wichtigen Standortfaktor weiterzuentwickeln, ist vor diesem Hintergrund ebenfalls eine gute Nachricht. Die IV setzt sich für eine Umsetzung ein, die eine Reduktion der Bürokratie und eine Anpassung an moderne Entwicklungszyklen bringt.

Entbürokratisierungsoffensive

Geplant ist laut Industriestrategie auch eine Entbürokratisierungsoffensive, die

bereits vergangenen Dezember ins Rollen gebracht wurde. Bis 2035 sollen die nationalen Berichts- und Meldepflichten „auf das notwendige Maß“ reduziert werden – ein wichtiges Vorhaben, das aus Sicht der IV jedoch wesentlich rascher umgesetzt werden muss. „Ein Bürokratiekostenindex wäre ein geeignetes Instrument, um diesen Abbau von Berichtspflichten nachvollziehbar zu machen“, sagt Knill. Außerdem sind One-Stop-Shop-Verfahren und ein Once-only-Prinzip geplant. Die Entbürokratisierung soll dabei insbesondere durch Digitalisierung und standardisierte Datenformate unterstützt werden. Die Beschleunigung und Vereinfachung des Zugangs zu Fördermitteln ist ebenfalls ein positiver Schritt.

„Ein Bürokratiekostenindex wäre ein geeignetes Instrument, um diesen Abbau von Berichtspflichten nachvollziehbar zu machen.“

Georg Knill,
IV-Präsident

Ein Wermutstropfen ist, dass die Reduktion der Lohnnebenkosten in der Industriestrategie vage bleibt. Angekündigt ist eine schrittweise Reduktion über den Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) ab 2027, die allerdings noch immer unter Budgetvorbehalt steht. Eine für den Faktor Arbeit begrüßenswerte Maßnahme ist die Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot-Karte, die unter anderem den Zugang für volljährige Lehrlinge ermöglicht.

„Die Ankündigungen der Industriestrategie sind eine solide Basis, mit der es nun zu arbeiten gilt. Auch die langfristige Zielsetzung gibt Orientierung für Unternehmen. Entscheidend wird nun sein, wie die angekündigten Maßnahmen konkret ausgestaltet und umgesetzt werden. Dies sollte rasch, wirksam und praxisnah erfolgen“, unterstreicht Knill und betont: „Die Umsetzung der Ankündigungen darf keinesfalls mit neuen Kosten, zusätzlicher Bürokratie oder weiteren Regulierungen einhergehen. Österreich steht im internationalen Wettbewerb – zusätzliche Belastungen würden den Standort noch weiter schwächen und somit das Ziel verfehlen.“

DIE INDUSTRIESTRATEGIE AUS SICHT DER IV



Positive Maßnahmen

- Verlängerung der Strompreiskompensation (SAG) bis 2029
- Industriestrompreis ab 2027
- Aufhebung des Verbots der CO₂-Abscheidung und -Speicherung
- 2,6 Mrd. Euro der Mittel aus dem FTI-Pakt für Schlüsseltechnologien bis 2029
- Entbürokratisierungsoffensive
- Beschleunigung der Umweltverträglichkeitsprüfung
- Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot-Karte
- Pilotprojekt „Rot-Weiß-Rot-Karte für volljährige Lehrlinge“
- Weiterentwicklung der Forschungsprämie
- Forcierung der strategischen und innovationsfördernden öffentlichen Beschaffung und Fokus auf europäische Lösungen (etwa auch zur Stärkung der digitalen Souveränität)
- Senkung der Lohnnebenkosten (allerdings noch zu unkonkret und mit Finanzierungsvorbehalt)
- Lehrlingsausbildung wird gestärkt und attraktiviert; inkl. Aufwertung des Polytechnikums und Lehrberufsfokus auf Schlüsseltechnologien
- Reform der Exportkontrolle zur Beschleunigung und Optimierung von Prüf- und Bewilligungsprozessen
- One-Stop-Shop für Infrastrukturverfahren zur Verfahrensbeschleunigung
- Verdreifachung des Anteils von Venture Capital am BIP und Errichtung eines „Startup- & Scale-up-Dachfonds“



Kritische Maßnahmen

- Gefahr einer Einschränkung der Basisprogramme in der Forschung
- Kein allgemeines Bekenntnis zu Technologieoffenheit bei der Weiterentwicklung der Mobilitätsindustrie
- Der Zeithorizont „bis 2035“ erscheint zum Abbau von bestehenden Berichtspflichten deutlich zu lang



Was fehlt

- Konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Kapitalmarkts
- Bürokratiekostenindex, Berichtspflichtenmoratorium
- Option der Frequenzverlängerung für Telekommunikationsunternehmen nicht enthalten
- Sicherung des „Fonds Zukunft Österreich“, der dieses Jahr bereits ausgelaufen ist, wodurch über 140 Mio. Euro pro Jahr im FTI-System fehlen
- Notwendige Strukturreformen wie etwa zur Nachhaltigkeit des Pensionssystems
- Gold-Plating ist bei der Umsetzung europäischer Regelungen in nationales Recht unbedingt zu vermeiden; dies ist derzeit nicht klar festgehalten

Neues „M:ndset“ für die Technischule der Zukunft

Mit der Initiative „M:ndset HTL“ sollen unter Leitung der MINTality-Stiftung möglichst viele HTLs zu mädchenfreundlichen Schulen weiterentwickelt werden – und es soll eine Community-Bewegung daraus entstehen.

Das Finden von Techniktalenten bleibt auch in der Rezession eine große Herausforderung für die innovative Industrie. Drei von vier Industrie-Leitbetrieben berichten heute von Personalproblemen in Technik und Produktion, IT sowie Forschung und Entwicklung. Zuletzt wurde die Lücke an HTL-Graduierten mit 10.000 beschrieben – und diese Lücke droht noch stärker anzuwachsen und zu einem weiteren Standortnachteil zu werden. Die HTL wird von den Technologie-Unternehmen als Standort-Asset eingestuft, das die Entwicklung der Industrie zur Innovationslokomotive in Österreich erst möglich gemacht hat.

Community-Bewegung

Einer der größten Schmerzpunkte und gleichzeitig der größte Hebel für den Ausbau der HTL als „Technischule der Zukunft“ ist der noch immer niedrige Schüleranteil der Mädchen bzw. jungen Frauen. Um den Mädchenanteil von derzeit 20 Prozent deutlich anzuheben und damit mehr jungen Frauen die Tür zu einer naturwissenschaftlich-technischen Karriere zu öffnen, hat die IV jüngst die Initiative „M:ndset HTL“ initiiert, die nun unter operativer Leitung der MINTality-Stiftung umgesetzt wird. Zielsetzung ist, möglichst viele

HTLs zu mädchenfreundlichen Schulen weiterzuentwickeln und eine Community-Bewegung daraus entstehen zu lassen.

Industrieunternehmen mit dabei

Bereits 23 HTLs haben sich der Initiative angeschlossen und – insbesondere durch Anregungen der Schülerinnen selbst – ein umfassendes Set an förderlichen Maßnahmen zusammengetragen, das von „Tech-Brunches“ mit weiblichen Role Models über räumliche Adaptierungen im Schulgebäude bis hin zu Speed-Dating-Formaten mit Partnerunternehmen reicht. Die konkrete Auswahl und Umsetzung von förderlichen Maßnahmen erfolgt spezifisch an jedem einzelnen Schulstandort und wird von einer schlanken Steuerungsgruppe begleitet werden, zu der neben Schülerinnen, Lehrpersonal und Schulleitungen auch Industrieunternehmen mit Naheverhältnis zu den HTLs eingeladen werden.

Gemeinsam soll ein neues „M:ndset“ etabliert werden – und damit optimale Rahmenbedingungen für Mädchen und Frauen in MINT von der Schule bis hinein in die Unternehmenswelt, um Technik für sie nicht nur zur Bildungsoption, sondern auch zu einem langfristig erfüllenden Karriereweg werden zu lassen.

Die Lehre im Bildungssystem stärken

IV und „zukunft.lehre.österreich“ diskutierten die „Lehre als Eckpfeiler des Standorts – und des Bildungssystems“. Welche Good Practices gibt es bereits zur Verzahnung von unternehmerischer Praxis und Lehre?

Wenn es um Verbesserungen und Reformen in der Lehrausbildung geht, wird von Politik, Verwaltung und Interessensvertretungen primär die „Wirtschaftsseite“ angesprochen. Es braucht aber gleichermaßen die „Bildungsseite“ – und ein Verständnis der Lehre als gleichwertiges Bildungsangebot.

Mit einer Veranstaltung und umfassender Medienarbeit griff die IV gemeinsam mit der Initiative „zukunft.lehre.österreich.“ diese Perspektive auf: Was braucht es an den Berufsschulen? Wie können Berufsorientierung und polytechnische Schulen den Weg in die Lehre selbstverständlicher werden lassen? Welche Good Practices gibt es bereits zur Verzahnung von unternehmerischer Praxis und Lehre?

Schulen, Ausbildungsbetriebe und MINT-Regionen präsentierten ihre hervorragenden Ansätze, die IV-Präsident Knill und Geberit-CEO Helmut Schwarzl anschließend u. a. für die vertretenen Ministerien für Bildung und für Wirtschaft in zentrale IV-Vorschläge übersetzten: eine verpflichtende Berufsorientierung in der Unterstufe im Rahmen einer neuen „Bildungspflicht“, ein Investitionsplan für Berufsschulen oder eine zentrale politische Anlaufstelle für die Lehrausbildung.

Klar ist: Für die Umsetzung braucht es klare Zuständigkeiten im Bildungssystem; ein Aspekt, der von der IV im Sinne einer bundesweit einheitlichen Bildungssteuerung und starker Autonomie vor Ort eingefordert und von der Politik derzeit in der „Reformpartnerschaft für Österreich“ diskutiert wird.



V.l.n.r.: Viktor Fleischer; Robert Mächtinger, Präsident „z.l.ö.“ und CEO der FACC AG; Gudrun Feucht; Monika Sandberger, Geschäftsführerin „z.l.ö.“; Severin Gruber, Generalsekretär im BMWET; Doris Wagner, Sektionschefin BMB; Präsident Knill; Georg Konetzky, Sektionschef BMWET; Helmut Schwarzl.

Österreichs Hochschulen vor dem Neustart

Hochkarätige Gäste diskutierten im Haus der Industrie über die Hochschulstrategie 2040. Im Zentrum standen auch die IV-Visionen für ein zukunftsfähiges System.

Die Podiumsdiskussion der IV zur Hochschulstrategie 2024 des Bundesministeriums für Frauen, Wissenschaft und Forschung stieß auf enormes Interesse. In vollem Haus betonte Patricia Neumann, IV-Vizepräsidentin und Vorstandsvorsitzende der Siemens AG Österreich, das große Potenzial der Strategie für die internationale Wettbewerbsfähigkeit Österreichs: Hochschulen bräuchten klare Standortverantwortung, moderne Studien- und Weiterbildungsangebote – besonders im MINT-Bereich – sowie mehr Forschungsexzellenz und stärkeren Technologietransfer. Lange Studiendauern, hohe Abbruchquoten und unklare Berufsperspektiven müssten der Vergangenheit angehören.

Es diskutierten u. a. Heinz Faßmann (ÖAW), Brigitte Ecker (WPZ Research),

Therese Niss (Mitterbauer Beteiligungs GmbH), Brigitte Hütter (Österreichische Universitätenkonferenz), Beatrix Karl (Rektorinnen- und Rektorenkonferenz der Pädagogischen Hochschulen), Ulrike Prommer (Österreichische Fachhochschul-Konferenz) und Migrationsexperte Rainer Münz über Bedarfe der Unternehmen bis hin zu Einflussfaktoren wie Digitalisierung, Demografie und Internationalisierung.

Die Industrie formulierte klare Erwartungen: Trotz Rezession leiden drei von vier Unternehmen unter Personalengpässen in Technik, IT und F&E; zugleich zeigen sich Hochschulen bei Kooperationen oft wenig proaktiv. Nur mit starken, agilen Hochschulen könne Österreich Schlüsseltechnologien entwickeln und seine Wettbewerbsfähigkeit sichern, betonte Therese Niss. Die Hochschulstrategie müsse daher

Stärkefelder definieren und sektorenübergreifende Zusammenarbeit stärken – für

mehr Effizienz, mehr Innovation und einen attraktiven Standort Österreich.



Die IV lud zu einer Diskussion der Hochschulstrategie.

Das JI-Skiwochenende 2026 in Tirol

Vernetzung, Industrie-Einblicke und Wintersport in der Axamer Lizum.

Gemeinschaft, sportlicher Ehrgeiz und persönlicher Austausch standen im Mittelpunkt des JI-Bundesskiwochenendes 2026 in der Axamer Lizum. Rund 90 Mitglieder der Jungen Industrie aus ganz Österreich kamen Mitte Jänner in Tirol zusammen, um Tage zwischen Industrie-Einblicken, Skifahren und Begegnung zu verbringen.

Zum Auftakt wurde am Freitagnachmittag die Gelegenheit geboten, einen von zwei ansässigen Industriebetrieben zu besuchen: Bei der Leitner GmbH in Telfs sowie bei der Tiroler Rohre GmbH in Hall in Tirol erhielten die Gruppen Einblicke in Produktionsabläufe, Entwicklungen und aktuelle Herausforderungen. Der direkte Dialog vor Ort bot einen praxisnahen Einstieg in das Wochenende.

Am Abend kamen die Mitglieder der Landesgruppen erstmals in der Axamer Lizum in größerer Runde zusammen. Im „Hoadl Haus“ an der Bergstation entstand in entspannter Atmosphäre Raum für Gespräche, Wiedersehen und Kontakt über Bundesländergrenzen hinweg. Für einen außergewöhnlichen Abschluss sorgte die gemeinsame Talfahrt mit den Pistenraupen.

Am Samstag drehte sich alles um das Skigebiet. Neben freien Abfahrten bekamen die Mitglieder einen Blick hinter die Kulissen des Skibetriebs und erfuhren, wie viel Organisation, Technik und Teamarbeit notwendig sind, damit alle Abläufe reibungslos funktionieren. Am Nachmittag folgte das traditionelle JI-Skirennen, das erneut eines der Highlights der Veranstaltung war. Mit viel Einsatz und Sportgeist lieferten sich die Teams ein spannendes Rennen auf der Piste. Den Sieg holte sich heuer die JI-Steiermark. Mit dem Gewinn des legendären Wanderpokals ging auch die Organisation des nächsten JI-Skiwochenendes an das Siegerteam über.

Nach dem Skirennen kam die Gruppe noch einmal am Gipfel zusammen, bevor der Abend beim gemeinsamen Abendessen seinen Ausklang fand. Auch hier prägten Gespräche und persönlicher Kontakt den weiteren Verlauf des

Abends. Am Sonntag wurden die frühen Morgenstunden noch für die erste Abfahrt des Tages genutzt, bevor die gemeinsame Zeit langsam ausklang und die Heimreise angetreten wurde.

Ein besonderer Dank gilt den Sponsoren Axamer Lizum Bergbahnen GmbH & Co KG, BDO Austria GmbH, BTV Vier Länder Bank AG sowie Steinmayr & Co Insurance Brokers GmbH, die das JI-Bundesskiwochenende 2026 ermöglicht haben. Nicht zuletzt danken wir der JI-Tirol für ihren großen Einsatz bei der Organisation und Umsetzung des Skiwochenendes.

Die Tage in der Axamer Lizum haben einmal mehr gezeigt, wie wichtig solche Formate für die Junge Industrie sind: Sie schaffen Raum für Begegnung, stärken das Netzwerk und verbinden fachlichen Austausch mit gemeinsamen Erlebnissen. Die Vorfreude auf das nächste JI-Skiwochenende in der Steiermark ist damit bereits geweckt!



Die Landesgruppe Steiermark mit JI-Bundesvorsitzender Julia Aichhorn beim traditionellen Skirennen.



Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Österreich im Rahmen des JI-Skiwochenendes 2026.



Einblicke hinter die Kulissen des Skibetriebs mit Gastgeber und JI-Tirol-Vorsitzendem Eduard Fröschl.



Abendlicher Ausblick am Gipfel der Axamer Lizum.



EUROPA BRAUCHT ENTSCHEIDUNGSKRAFT

Warum Zusammenarbeit jetzt unverzichtbar ist.

Wie viele Signale aus der Welt braucht es noch, bis wir anerkennen, dass sich die globale Ordnung grundlegend verändert hat? Wirtschaftspolitik wird machtpolitisch betrieben, Interessen werden konsequent verfolgt. Europa kann es sich nicht mehr leisten, im Klein-Klein zu verharren. Umso wichtiger ist es, dass Europa schnelle Entscheidungen trifft und bereit ist, mutige Schritte zu gehen.

Gerade deshalb muss sich Europa konsequent für neue Handelspartner öffnen. Das Mercosur-Abkommen zeigt, dass diese Ernsthaftigkeit erkannt worden ist: Es steht für die Bereitschaft, wirtschaftliche Beziehungen zu erweitern und neue Märkte zu erschließen. Davon profitieren Industrie und Wirtschaft unmittelbar, weil internationale Öffnung neue Geschäftsmöglichkeiten schafft und Wertschöpfung sichert.

Europa verfügt über enorme Innovationskraft, industrielle Kompetenz und Know-how. Werden diese Stärken gebündelt, gehören wir zu den mächtigsten Wirtschaftsregionen der Welt. Dafür braucht es aber mehr als gute Absichten: Ein funktionierender einheitlicher Kapitalmarkt, spürbare Entbürokratisierung und weitere ambitionierte Handelsabkommen sind längst überfällig, wenn wir unseren Wohlstand für kommende Generationen sichern wollen.

Kooperation bringt mehr als Abschottung. Das ist nicht nur politisch sinnvoll, sondern auch verhaltensökonomisch belegt. Gemeinsame Märkte schaffen Stabilität, Planungssicherheit und Wachstum für alle Beteiligten.

Mercosur war ein wichtiger Schritt. Er darf jedoch nicht der letzte bleiben. Die Zeichen stehen auf Kooperation. Jetzt ist der Moment, diese Chance zu nutzen und Europa entschlossen weiterzuentwickeln. Nicht aus Angst, sondern aus Überzeugung. Nicht im Klein-Klein, sondern gemeinsam.

J. Aichhorn

Julia Aichhorn, Bundessvorsitzende der Jungen Industrie

Zukunft braucht Umsetzung

Mit einer deutlichen Standortansage läutete IV-Steiermark-Präsident Kurt Maier beim Neujahrseftakt mit über 250 Gästen das Jahr 2026 ein. Angesichts von Rezession, Budgetdefiziten und tiefgreifender industrieller Transformation stellte er klar, dass nicht die Analyse der Herausforderungen entscheidend sei, sondern der Wille, notwendige Entscheidungen zu treffen und diese konsequent umzusetzen.

Im Mittelpunkt des Neujahrseftakts am 15. Jänner stand die Frage, wie Transformation aktiv gestaltet werden kann: Erfolgreiche Regionen zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht abwarten, sondern koordiniert handeln, sich spezialisieren und ihre wirtschaftliche Basis gezielt diversifizieren – die Steiermark verfüge über starke Voraussetzungen, stehe jedoch vor der entscheidenden Frage, ob der Mut vorhanden sei, neue Entwicklungspfade einzuschlagen, so Kurt Maier. Die IV-Steiermark unterstreiche dabei ihre Rolle als Thinktank mit gesellschaftspolitischer Verantwortung: Als Interessenvertretung der Industrie bringe sie konkrete Ideen in politische Prozesse ein und gestalte den Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensraum Steiermark aktiv mit. Gerade in Zeiten globaler Umbrüche und strukturellen Wandels seien neue Denkansätze und deren Umsetzung unerlässlich. Vor diesem Hintergrund widmete sich der Neujahrseftakt der Frage, was ab 2026 neu gemacht werden müsse, um eine gute Zukunft zu sichern.

Einen wissenschaftlichen Blick auf diese Fragestellungen bot die Keynote von Thomas Scherngell vom AIT. Er zeigte auf, dass der industrielle Wandel für Regionen wie die Steiermark nicht nur Risiken bringe, sondern vor allem Chancen für eine strategische Erneuerung eröffne. Durch Innovation könnten bestehende industrielle Stärken gezielt in zukunftsfähige Technologiefelder überführt werden, etwa in den Bereichen Elektromobilität, softwaregetriebene Systeme oder digitale Produktion. Internationale Beispiele belegten, dass regionale Resilienz dort entstehe, wo Akteure gemeinsam agierten und vorhandene Kompetenzen systematisch weiterentwickelten. Diese Einschätzung bestätigte die Standortanalyse der IV-Steiermark, wonach die Voraussetzungen vorhanden seien, die Umsetzung jedoch der entscheidende Faktor bleibe.

Auch die wirtschaftspolitischen Einordnungen von Franz Schellhorn verdeutlichten den Reformbedarf: Internationale Vergleiche zeigten, dass hohe Staatsausgaben allein weder Wachstum noch Wettbewerbsfähigkeit garantierten. Vielmehr seien effiziente Strukturen, klare Prioritätensetzungen und Reformbereitschaft ausschlaggebend. Die angespannte Budgetlage wurde als zentrale Standortfrage eingeordnet, da Defizite von heute den finanziellen Spielraum von morgen

einschränkten; ineffiziente Strukturen minderten die Mittel für Innovation, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit. Vor diesem Hintergrund warnte der Präsident der IV-Steiermark davor, auf eine rein konjunkturelle Erholung zu setzen: Selbst ein moderates Wachstum könne strukturelle Probleme nicht lösen. Während die Industrie in den vergangenen Jahren Kosten gesenkt, restrukturiert und neue Wege eingeschlagen habe, sei nun die öffentliche Hand gefordert, nachzuziehen.

Der Neujahrseftakt endete mit einem klaren Appell an die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger: Transformation erfordere Zuversicht, vor allem aber Mut zu klaren Entscheidungen. Für das Jahr 2026 brauche es einen umfassenden Reformimpuls, der ohne Tabus strukturelle Weichenstellungen ermögliche und damit die Grundlage für nachhaltiges Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit schaffe.



01



02



03



04



05



06



07



08



1. Andreas Gillich, Alexandra Leopold.
2. Georg Bucher, Martin Bartenstein.
3. Anton Schantl, Nina Zechner.
4. Franz Schellhorn, Kurt Maier, Claudia Reiterer, Thomas Scherngell, Christoph Robinson.
5. Kurt Maier beim Interview mit Claudia Reiterer.
6. Christoph Robinson eröffnete den Neujahrsempfang.
7. Über 250 Gäste in der Aula der Alten Universität Graz.
8. Mitglieder der Bundes- und Landesregierung mit dem IV-Steiermark-Präsidium.
9. Gerd Holzschlag, Tanja Knapp, Alexi Pichler-Jessenko, Willibald Dörflinger.
10. Herbert Ritter, Christian Kögl, Wolfgang Amerer, Nikolaus Szlavik, Michael Wibmer.
11. Mitglieder der EmpowHer-Netzwerkgruppe.
12. Markus Ritter, Kurt Maier, Franz Mayr-Melnhof-Saurau, Alfred Marchler.
13. Hella Riedl-Rabensteiner, Katrin Pucher, Mike Resnick, Desirée Walter, Michael Sack.
14. Gilbert Frizberg, Franz Fazekas, Stefan Erlach.
15. Max Oberhumer, Markus Ritter, Eduard Wünscher.
16. Josef Stoppbacher, Richard Stralz, Franz Iglseider.
17. Josef Pessler, Kurt Maier, Josef Herk.
18. Willibald Ehrenhöfer, Michael Mertin.
19. Niki Müller-Mezin, Willibald Ehrenhöfer, Matthias Pirs.
20. Stefan Stoltzka, Stefanie Lin.
21. Wolfgang Malik, Werner Ressi.
22. Thomas Pözl, Mike Resnick, Mato Petrovic, Nina Zechner, Manuel Staber, Hugo Karre.
23. Stefan Stoltzka, Kurt Maier, Georg Knill, Christoph Robinson.
24. Gerhard Geisswinkler, Alexi Pichler-Jessenko, Joachim Schönbeck, Hans Höllwart.
25. Herbert Tanner, Markus Moser, Angelika Weber, Wolfgang Ornik.
26. Jacqueline Ruckstuhl, Dominik Santner, Hella Riedl-Rabensteiner.

Ausblick 2026: Was kommt – und was jetzt zählt

Österreich und Europa stehen an einem Wendepunkt. Vor rund 140 Teilnehmern diskutierten renommierte Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Fachgebieten die Perspektiven für das Jahr 2026 – zwischen einem zaghaften konjunkturellen Aufschwung und geo- sowie energiepolitischen Umbrüchen.

Nach dem Eingangs-Statement von Landesrat Willibald Ehrenhöfer zeichnete Stefan Bruckbauer, Chefvolkswirt der UniCredit Bank Austria, ein differenziertes Bild der wirtschaftlichen Lage. Sein Fazit: Nach dem Rezessionsjahr 2025 steht eine leichte Erholung an, mit einem prognostizierten BIP-Wachstum von rund 1,0% im Jahr 2026 und 1,5% im Folgejahr. Petra Draxl, Vorstandsmitglied des AMS Österreich, richtete anschließend den Blick in Richtung der österreichischen Beschäftigungslandschaft: Sie erörterte die aktuellen Entwicklungen des Arbeitsmarkts – machte aber auch deutlich, mit welchen großen demografischen Herausforderungen die Steiermark in Zukunft konfrontiert sein wird.

Einen Rundblick auf die nationalen und europäischen Rahmenbedingungen des globalen Halbleitermarkts brachte Karin Ronijak, Vice President und Global Head of Public Funding bei der ams-OSRAM AG, ein. Den inhaltlichen Schlusspunkt setzte Martin Graf, Vorstandsmitglied der Energie Steiermark AG – er skizzierte den Wandel in der Energiewelt, wenn grüne Transformation im Spannungsfeld von Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Leistung steht.

Pointiert und in bewährter Tradition führte Christian Kehrer durch die gemeinsame Veranstaltung von IV-Steiermark und WdF-Steiermark.



V.l.n.r.: Christian Kehrer, Christian Ramsauer, Willibald Ehrenhöfer, Karin Ronijak, Petra Draxl, Martin Graf, Christoph Robinson und Stefan Bruckbauer.

Steirischer Arbeitsmarkt 2026

AMS-Steiermark-Geschäftsführer Karl-Heinz Snobe im Gespräch.



Welche Bilanz ziehen Sie für den Arbeitsmarkt des letzten Jahres – und was erwarten Sie für 2026?
2025 war das dritte und hoffentlich letzte Jahr der aktuellen Schwächephase mit

stark steigender Arbeitslosigkeit. Andererseits waren wir mit einer Jahresarbeitslosenquote von 6,6% immer noch deutlich unter dem Schnitt der letzten 25 Jahre. 2026 wird die Beschäftigung in der Steiermark wieder steigen und sich die Arbeitslosigkeit stabilisieren. Eine echte Entspannung wird am Arbeitsmarkt aber noch nicht eintreten.

Welche Langfrist-Trends prägen den steirischen Arbeitsmarkt künftig?

Die zwei großen Herausforderungen heißen Demografie und Transformation. Das Arbeitskräftepotenzial nimmt in der Steiermark – vor allem in den ländlichen Regionen – weiter ab, weil mehr Menschen in Pension gehen, als aus dem Bildungssystem nachrücken. Dazu verändern sich die Anforderungen an Arbeitskräfte wegen der technologischen Entwicklungen stark, und auf diesen Anpassungsdruck wird kaum reagiert. Ich befürchte, dass hier die Schere zum Schaden der Unternehmen und der Arbeitskräfte weiter auseinandergeht.

Wo drohen aus Sicht des AMS künftig die größten Fachkräfte-Engpässe in der Industrie?

Laut einer vom AMS beauftragten WIFO-Studie aus dem letzten Jahr werden vor allem in den folgenden Bereichen Fachkräfte gesucht: Maschinenbau, Elektrotechnik, IKT-Sektor (Datenanalyse, Big Data, künstliche Intelligenz, Cybersecurity); wissenschaftliche und technische Dienstleistungen, Energiemanagement, alternative Antriebstechnologien, Systemelektronik, Hochvolttechnologien, digitale Fertigungsprozesse, Werkstoffkunde, Kreislaufwirtschaft, Materialrecycling, Prozesssteuerung sowie Produktentwicklung.

Wie gut ist das steirische Qualifizierungs- und Weiterbildungssystem auf den technologischen Wandel in der Industrie vorbereitet?

Die OECD bescheinigt uns, eines der besten öffentlichen Berufsbildungssysteme der Welt zu haben. Allerdings

ist die berufsbegleitende Weiterbildung stark ausbaufähig und kann sich zum Flaschenhals bei der Transformation der Wirtschaft entwickeln. Große Potenziale gibt es auch in der Basisbildung und in der Kinderbetreuung.

Welche Rolle kann die Arbeitsmarktpolitik künftig für den Industriestandort Steiermark spielen?

Jede Industriestrategie und jeder erfolgreiche Industriestandort braucht eine abgestimmte, flexible Arbeitsmarktpolitik und eine gute Fachkräftestrategie. Die notwendigen Maßnahmen reichen dabei von einer guten Berufsorientierung für Berufseinsteiger über bessere Nutzung der Potenziale von Frauen und älteren Beschäftigten und raschere Wiedereingliederung sowie Höherqualifizierung von arbeitslosen Personen bis hin zu rascheren Verfahren und besserer Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt. Das AMS kann dabei überall eine entscheidende Rolle spielen.